

Bürgerernahe Planung im 21. Jahrhundert

17/33

Uns geht's ums Ganze.
www.gruene-bundestag.de



Die grüne Position:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Dr. Anton Hofreiter MdB, Sprecher für Verkehrspolitik
Tel. 030/227 74516, anton.hofreiter@bundestag.de

Ingrid Hönlinger MdB, Sprecherin für Demokratiepolitik
Tel. 030/227 73064, ingrid.hoenlinger@bundestag.de

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Zum Weiterlesen:

» <http://www.gruenes-blog.de/buergerbeteiligung>

Bundestagsdrucksachen:

BT-Drs. 17/412: Informationsfreiheit als Zukunftsaufgabe
(Kleine Anfrage)

BT-Drs. 17/4788: Planungsbeschleunigung und Bürgerbeteiligung
(Kleine Anfrage)

BT-Drs. 17/3330: Transparenz in Public Private Partnerships
(Kleine Anfrage)

BT-Drs. 17/4270: Überprüfung des Bedarfsplans Schiene
(Kleine Anfrage)

DIE GRÜNE POSITION

17/33



Bürgerernahe Planung im 21. Jahrhundert

Die Proteste gegen Stuttgart 21 stehen für ein neues, kreatives Einmischen in Politik. Das Engagement Zehntausender gegen den unterirdischen Milliardenbahnhof in Stuttgart ist vor allem Folge mangelnder Bürgerbeteiligung. Planungen nach dem Basta-Prinzip werden nicht mehr akzeptiert. Formal hat Stuttgart 21 alle planungsrechtlich vorgeschriebenen Stufen der Öffentlichkeitsbeteiligung durchlaufen. Da aber zu keinem Zeitpunkt die Alternative – der Umbau des bestehenden Kopfbahnhofs – ernsthaft und gleichberechtigt geprüft wurde, fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger verschaukelt. Zu Recht: Bürgerbeteiligung, die nur dazu da ist, vorher getroffene Entscheidungen gerichtsfest zu machen, wird zur Farce.



1. Schwarz-Gelb zieht die falschen Lehren aus Stuttgart 21

Verbal zeigt sich nun der baden-württembergische Ministerpräsident Mappus offen: „Meine Lehre heißt: Großprojekte muss man künftig anders angehen, in Stufen. Und auf jeder Stufe muss es mehr Bürgerbeteiligung als jetzt geben.“ Das war Anfang Oktober.

Die politische Praxis zeigt, dass Schwarz-Gelb Bürgerbeteiligung nicht will und nicht kann.

Stattdessen hat Bundesinnenminister de Mazière 2010 ein „Planungsvereinfachungsgesetz“ vorgelegt, mit dem die Bürgerbeteiligung beschnitten werden soll. Moderne Planungsprozesse benötigen echte Transparenz, mehr Mitbestimmung, praktikable direktdemokratische Elemente, taugliche Konfliktlösungsverfahren und effizienten Rechtsschutz.

Dies würde Akzeptanz auch für Entscheidungen schaffen, über die letztendlich kein Konsens gefunden werden kann. Und konsensuale Lösungen bei strittigen Planungen – darüber sind wir uns im Klaren – werden nicht immer erreichbar sein. Entscheidungen müssen am Ende eines Prozesses stehen, bei dem die Bürgerinnen und Bürger sich auf Augenhöhe mit den planenden Behörden begegnen und alle Argumente sorgsam geprüft und abgewogen wurden.



2. Bürgerschaftliches Engagement ernst nehmen

Wir Grüne wollen, dass Bürgerinnen und Bürger mehr direkte Mitsprache bekommen, sowohl für bundesweite als auch für regionale Planungsvorhaben.

Mehr Mitsprache wird helfen, Planungsfehler zu vermeiden, Kosten zu sparen und widerstreitende Interessen adäquat und sachlich zu berücksichtigen. Bürgerinitiativen, Vereine oder Verbände, die sich in allen Politikbereichen aktiv in politische Prozesse einmischen, sind ein sehr wichtiges und lebendiges Element in der demokratischen Landschaft Deutschlands. Die gleichberechtigte Einbindung dieser unterschiedlichen Initiativen, die sich „für“ oder „gegen“ Projekte engagieren, oder dafür dass Vorhaben „anders“ gemacht werden, sehen wir nicht als Hemmschuh. Sie sind vielmehr Chance für eine bessere und am Ende auch schnellere, da ausgewogenere und akzeptierte Planung.

*Wir wollen kein Planungs-
verhinderungsrecht.*

...2.

Wer Bürgerinnen und Bürgern unterstellt, sie würden immer nach dem Sankt-Florians-Prinzip entscheiden, täuscht sich.

Aktueller Beleg dafür sind die Bürgerinitiativen an der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel. Gemeinsam ist allen, dass sie sich ausdrücklich nicht gegen die Notwendigkeit des Ausbaus der Rheintalstrecke richten, sondern mit Nachdruck eine lärm- und umweltschonendere Ausführung des Projektes fordern.

3.

Moderne Demokratie braucht mehr Transparenz

Transparenz und Informationsfreiheit sind Voraussetzung für Partizipation in einer modernen Demokratie.

Geheimniskrämerei und Undurchschaubarkeit fördern nicht nur Filz und Korruption, sie verhindern auch konstruktive Mitbestimmung und erzeugen berechtigte Wut bei den Bürgerinnen und Bürgern.

Neue Möglichkeiten durch das Internet (z. B. Open Data, E-Partizipation) werden bisher in Deutschland kaum genutzt.

Durch das Informationsfreiheitsgesetz, eine Errungenschaft grüner Regierungsbeteiligung, gibt es auf Bundesebene gegenüber der öffentlichen Verwaltung bereits einen Anspruch auf Zugang zu Dokumenten. In der Praxis verweigern Behörden aber vielfach noch die Freigabe von Informationen. Wir Grüne fordern Informationsfreiheit 2.0 in Bund und Ländern: Zugang zu Informationen über Verträge des Staates mit Privaten, eine aktive Informationspolitik der Behörden und barrierefreier Zugang zu Informationen über ein zentrales Internetportal gehören dazu.

4.

Mitbestimmung und Verantwortung brauchen direktdemokratische Instrumente

In wichtigen Planungsschritten wird über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg entschieden: Beteiligung fehlt bei Entscheidungen über Notwendigkeit, Trassenführung, Standort und Dimensionierung von Projekten. Kritikern bleibt dann häufig nur der Weg, Einwendungen über das Naturschutzrecht oder eine Klage zu erheben. Anregungen und Einwände der Bürgerinnen und Bürger bleiben auf der Strecke.

Der Mangel an frühzeitiger Bürgerbeteiligung kostet Zeit und Geld.

Frühzeitige Beteiligung bedeutet, dass noch wirkliche Alternativen geprüft werden können – z. B. ob die Verkehrsfunktion einer neuen Autobahn nicht besser durch den Bau von Ortsumgehungen an einer parallel verlaufenden Bundesstraße erfüllt werden kann, wie im Fall der A 14 zwischen Magdeburg und Schwerin.

Wir wollen daher Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene einführen und bestehende bürokratische Hindernisse in den Ländern beseitigen.

Dazu gehören z. B. zu hohe Hürden für Volksbegehren, zu kurze Fristen zur Sammlung der Unterschriften sowie zu hohe Zustimmungsquoren bei Volksentscheiden. Auch die Restriktionen gegen kommunale Bürgerbegehren, beispielsweise zu Bauleitplanungen, müssen umgehend beseitigt werden.

Impressum:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Stand: März 2011
Schutzgebühr: 0,05 €

5.

Effizienz und Partizipation brauchen eine Reform des Bau- und Planungsrechts

Behördliche Planungen sind oft ineffizient und ziehen sich häufig über Jahre hin. Das liegt vor allem an Schwächen im Bau- und Planungsrecht. Für Laien sind die verschiedenen Planungsverfahren kaum durchschaubar. Ob für einen Bebauungsplan nach dem Baugesetzbuch, für eine Straßenplanung nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz, die Errichtung einer Mastanlage oder eines Kraftwerks nach dem Immissionsschutzgesetz oder einen Braunkohleabbau nach dem Bundesberggesetz – es gelten jeweils unterschiedliche Verfahren. Hinzu kommt, dass im derzeitigen Bau- und Planungsrecht politische Klimaziele ignoriert werden.

Wir wollen deshalb ein modernisiertes Planungsrecht mit verbindlichen umweltpolitischen Zielen, beispielsweise zum Ausbau der erneuerbaren Energien.

Auch die Klimaverträglichkeit eines Projekts muss in Genehmigungsverfahren geprüft werden.

6.

Unterschiedliche Interessen brauchen kreative Lösungen

Wenn Konflikte nicht im formalen Planungsverfahren ausgeräumt werden können, sollten frühzeitig alternative Konfliktlösungsverfahren, wie Mediation und Schlichtung, zum Einsatz kommen.

In einem Mediationsverfahren begegnen sich die Betroffenen auf Augenhöhe.

Gemeinsam mit einem unabhängigen und allparteilichen Mediator suchen sie eine Lösung, die für alle Beteiligten von Vorteil ist, bestenfalls finden sie eine Win-Win-Lösung.

7.

Planungsqualität braucht effizienten Rechtsschutz

Eine effiziente Bürgerbeteiligung schließt einen wirksamen gerichtlichen Rechtsschutz ein.

Klagemöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern sind derzeit auf wenige Belange beschränkt.

Sie sind zu einem effektiven Instrument weiterzuentwickeln, so dass sie Planungsprozesse nicht aufhalten sondern qualitativ verbessern.

+

Grüne Eckpunkte für mehr Bürgerbeteiligung

Wir Grüne setzen uns ein für eine bürger-nahe und effiziente Planung:



mehr direkte Demokratie



frühzeitige Bürgerbeteiligung auf Augenhöhe mit der Verwaltung und mit echter Prüfung von Alternativen



die Offenlegung staatlicher Planungen im Internet (Open Data)



eine Reform des Bau- und Planungsrechts



Konfliktlösung durch Mediation und Schlichtung



effektiven Rechtsschutz